Antrag auf Förderung „Sondermaßnahmen zugunsten der gastgewerblichen Nahversorgungsdienste“

Landesgesetz vom 13. Februar 1997, Nr. 4
„Maßnahmen des Landes Südtirol zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft“

Identifikationsnummer	<input type="text"/>
und	
Datum	<input type="text"/>
der Stempelmarke zu 16,00 Euro	
Die Bezahlung der Stempelmarke kann auch mittels Vordruck F23 erfolgen.	

An die
Autonome Provinz Bozen – Südtirol
Funktionsbereich Tourismus
Raiffeisenstraße. 5
39100 Bozen (BZ)

PEC: tourismus.turismo@pec.prov.bz.it

Antragstellendes Unternehmen

Familienname Vorname

(Unternehmerinnen geben ledigen Namen ein)

St.Nr.

Inhaber(in)/gesetzliche/r Vertreter(in) des Unternehmens:

MwSt.Nr. St.Nr.

Staat Provinz

PLZ Ort Fraktion

Straße/Platz Nummer

Telefon

e-Mail

PEC

Sprache, die für die Mitteilungen von Seiten der Landesverwaltung verwendet werden soll:

deutsch italienisch

Der/Die Unterfertigte beantragt die Förderung für folgende Initiative:

(Zutreffendes ankreuzen)

- die Eröffnung** des einzigen gastgewerblichen Nahversorgungsbetriebes ⁽¹⁾
- die Aufrechterhaltung** eines gastgewerblichen Nahversorgungsbetriebes ⁽²⁾

Der Antrag betrifft die folgende gastgewerbliche Betriebsstätte:

Bezeichnung der Betriebsstätte:

PLZ

Ort

Fraktion

Straße/Platz

Nummer

Der/Die Unterfertigte ist darüber informiert:

- dass der Antrag auf Förderung für die Eröffnung des einzigen Nahversorgungsbetriebes vor Beginn der Tätigkeit eingereicht werden muss. Andernfalls wird er von den Förderungen ausgeschlossen;
- dass nicht der Wahrheit entsprechende Angaben und gefälschte Unterlagen gemäß den Artikeln 75 und 76 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 28.12.2000, Nr. 445, sowie Art. 2/bis des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17 **strafrechtlich verfolgt** werden können und den **Widerruf der Förderung** aufgrund einer Falscherklärung zur Folge hat;
- dass die eventuelle Förderung unter Berücksichtigung der "**De-minimis**" - Bestimmung gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf "De-minimis" - Beihilfen gewährt wird.

Der /Die Unterfertigte verpflichtet sich:

- **die Bestimmungen** im Sinne der geltenden Richtlinien zugunsten der gastgewerblichen Nahversorgungsdienste einzuhalten und insbesondere jene die von Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe d) und Artikel 10 vorgesehen sind ⁽³⁾.

Der /Die Unterfertigte erklärt:

- dass die im Sinne des Landesgesetzes Nr. 4/1997 vorgesehene und beantragte Förderung für "Sondermaßnahmen zugunsten der gastgewerblichen Nahversorgungsdienste" der **Vorsteuereinbehaltspflicht von 4%** gemäß Artikel 28 Absatz 2 des D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600 unterliegt und zwar mit folgender Begründung:
die Förderung dient zur Verminderung von Betriebslasten oder zur vollen Deckung von Betriebsverlusten einer Handels- oder Unternehmenstätigkeit (gastgewerblichen Betriebes) d.h. eines steuerpflichtigen Subjektes, das eine Tätigkeit ausübt, welche laut Art. 55 des D.P.R. 917/86 ein Unternehmenseinkommen erzeugt.
- der/die Unterfertigte erklärt außerdem eventuelle Änderungen zu dieser Erklärung dem zuständigen Amt unverzüglich mitzuteilen.

Zulassungsvoraussetzungen:

der/die Unterfertigte erklärt: (Zutreffendes ankreuzen!)

- der einzige gastgewerbliche Nahversorgungsbetrieb** in einer Ortschaft mit mindestens 100 Einwohnern zu sein,

oder

- einer von zwei gastgewerblichen Nahversorgungsbetrieben** in derselben Ortschaft mit mindestens 100 Einwohnern zu sein, wobei der weitere gastgewerbliche Betrieb, im Sinne von Artikel 5 des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58 (Gasthof oder gasthofähnlicher Beherbergungsbetrieb) die öffentliche Speise- und Schanktätigkeit nur zeitweilig ausübt;

weitere erklärt er:

- dass sich der Betrieb **nicht** in einer Immobilie befindet, die im Eigentum einer öffentlichen Körperschaft ist;
- ein Betrieb mit einem durchschnittlichen jährlichen **Mehrwertsteuerumsatz** in den letzten drei Jahren von **max. 200.000,00 Euro** (für Betriebe gemäß Artikel 2, Absatz 1 ⁽⁴⁾ und Artikel 3, Absatz 1 ⁽⁴⁾ des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58) zu sein;
bzw.
- in Betrieb mit einem durchschnittlichen jährlichen **Mehrwertsteuerumsatz** in den letzten drei Jahren von **max. 300.000,00 Euro** (für Betriebe gemäß Artikel 5 ⁽⁴⁾ des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58) zu sein;
- die **tägliche Mindestöffnungszeit** von 10 Stunden pro Tag einzuhalten;
- freier **de minimis** Plafond laut Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 für die angesuchte Förderung.

Zusätzliche Eigenschaften für die Erstellung der Rangordnung laut Artikel 6 der Richtlinien:
(Zutreffendes ankreuzen!)

- ein Speisebetrieb laut Artikel 3 Absatz 1 ⁽⁴⁾ oder Gasthof laut Artikel 5 ⁽⁴⁾ des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58 zu sein;
- dass der gastgewerbliche Betrieb, seit mindestens 30 Jahren unter derselben Führung oder der Führung derselben Familie besteht und daher in der Ortschaft traditionell verankert;
- dass der gastgewerbliche Betrieb in einem touristisch gering entwickelten Gebiet liegt;
- dass der gastgewerbliche Betrieb in einer Ortschaft mit mindestens 300 Einwohnern liegt;
- dass eine fachspezifische Beratung im Ausmaß von mindestens 8 Stunden/Jahr durchgeführt wurde;
- dass die Entfernung zum nächsten gastgewerblichen Betrieb laut Artikel 2 Absatz 1, Artikel 3 Absatz 1 oder Artikel 5 ⁽⁴⁾ des Landesgesetzes vom 14. Dezember 1988, Nr. 58
 - mehr als 2,5 km beträgt
 - mehr als 5 km beträgt.

Der/Die Unterfertigte beantragt:

die eventuell gewährte Förderung auf das nachfolgende Bank K/K zu überweisen:

Bank/Filiale:

IBAN:

lautend auf das begünstigte Unternehmen.

Die Unterfertigte / Der Unterfertigte erklärt:

dass diese Stempelmarke ausschließlich für das gegenständliche Verwaltungsverfahren verwendet wird (im Gesuch muss die Nummer und das Datum der Stempelmarke angegeben werden) und im Sinne von Artikel 37 des DPR Nr. 642/1972 für drei Jahre aufbewahrt werden muss.

Bei Bezahlung mit Modell F23 und online (@e.bollo) muss die entsprechende Bestätigung dem Gesuch in pdf-Format beigelegt werden.

Das Datum der Stempelmarke muss zeitlich der digitalen Unterzeichnung des Gesuches vorausgehen.

Die Unterfertigte / Der Unterfertigte erklärt des Weiteren:

- der einzige wirtschaftliche Eigentümer des obgenannten Unternehmens zu sein; oder
- dass der wirtschaftliche Eigentümer gemäß Art. 20 Absatz 3 des gesetzesvertretenden Dekrets vom 21. November 2007, Nr. 231 und nachfolgende Änderungen und Ergänzungen, nachstehend angeführt ist: *[die natürliche(n) Person(en), die über die Verwaltungs- oder Leitungsbefugnisse der Gesellschaft verfügt*

(verfügen) und die unter den Buchstaben a, b oder c des genannten Artikels genannten Anforderungen erfüllen]; oder

dass der wirtschaftliche Eigentümer gemäß Art. 20 Absatz 5 des gesetzesvertretenden Dekrets vom 21. November 2007, Nr. 231 und nachfolgende Änderungen und Ergänzungen, nachstehend angeführt ist: [persona fisica o persone fisiche con poteri di rappresentanza nell'amministrazione e nella gestione della società]; oder

der wirtschaftliche Eigentümer des Unternehmens zu sein, zusammen mit (siehe nachstehende Daten); oder

dass er nicht der wirtschaftliche Eigentümer ist. Der wirtschaftliche Eigentümer wird im Folgenden angegeben.

Wirtschaftlicher Eigentümer:

Name Nachname

geboren in am

Steuernummer

wohnhaft in Fraktion

Straße / Nr.

Wirtschaftlicher Eigentümer:

Gesetzesvertretendes Dekret vom 21. November 2007, Nr. 231 und nachfolgende Änderungen und Ergänzungen

Art. 1 Begriffsbestimmungen

pp) «Wirtschaftlicher Eigentümer»: die natürliche(n) Person(en), die nicht der Kunde ist (sind), in deren Interesse oder in deren Auftrag die dauerhafte Beziehung letztlich begründet, die berufliche Dienstleistung erbracht oder das Geschäft letztlich getätigt wird;

Art. 20 Kriterien zur Bestimmung des wirtschaftlichen Eigentums von Kunden, die keine natürlichen Personen sind

2. Für den Fall, dass es sich beim Kunden um eine Kapitalgesellschaft handelt:

- a) der Besitz einer Beteiligung von mehr als 25 Prozent am Kapital des Kunden, die von einer natürlichen Person gehalten wird, ist ein Hinweis auf eine direkte Beteiligung;
- b) eine Beteiligung von mehr als 25 % am Kapital des Kunden, die über Tochtergesellschaften, Treuhandgesellschaften oder Intermediäre gehalten wird, ist ein Hinweis auf eine indirekte Beteiligung.

3. Lässt sich anhand der Eigentumsverhältnisse nicht eindeutig feststellen, welche natürliche(n) Person(en) direkt oder indirekt Eigentümer der Einrichtung ist (sind), so gilt/gelten als wirtschaftlicher Eigentümer die natürliche(n) Person(en), die die Einrichtung letztlich kontrolliert (kontrollieren), und zwar aufgrund von:

- a) Kontrolle über die Mehrheit der in der ordentlichen Hauptversammlung ausübenden Stimmen;
- b) Kontrolle über genügend Stimmen, um eine vorwiegende Einflussnahme in der Hauptversammlung auszuüben;
- c) Bestehen besonderer vertraglicher Bindungen, die die Ausübung einer vorwiegenden Einflussnahme ermöglichen.

5. Lässt sich anhand der in den vorstehenden Absätzen genannten Kriterien nicht zweifelsfrei feststellen, wer der wirtschaftliche Eigentümer ist, so gilt/gelten als wirtschaftlicher Eigentümer die natürliche(n) Person(en), die gemäß ihrer jeweiligen organisatorischen oder satzungsmäßigen Struktur die gesetzliche Vertretungs-, Verwaltungs- oder Leitungsbefugnis für das Unternehmen oder den Kunden innehat (haben), mit Ausnahme der natürlichen Person.

Der Unterfertigte / Die Unterfertigte erklärt unter der eigenen Verantwortung und in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen laut Artt. 75 und 76 D.P.R. Nr. 445/2000 im Falle unwahrer oder unvollständiger Erklärungen, dass alle abgegebenen Erklärungen der Wahrheit entsprechen.

Information gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung: Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 4, Landhaus 3a, 39100, Bozen, E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it
PEC: generaldirektion.direzione generale@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragte (DSB): Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: Autonome Provinz

Zwecke der Verarbeitung: Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne des Landesgesetzes vom 13.02.1997, Nr. 4, angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor/die Direktorin pro tempore der für den Tourismus zuständigen Abteilung an seinem/ihrer Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

Mitteilung und Datenempfänger: Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Ministero dello Sviluppo Economico, Regierungskommissariat und andere lokale, nationale und europäische öffentliche Körperschaften oder öffentliche Einrichtungen, In-House-Gesellschaften oder Hilfskörperschaften der Autonomen Provinz Bozen, Kreditinstitute bzw. Leasinggesellschaften. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch Cloud Computing, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogenen Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Liechtenstein) zu übermitteln.

Datenübermittlungen: Übermittlungen personenbezogener Daten an Drittländer ist nicht vorgesehen.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden, und zwar bis zu 10 Jahren, gemäß die s.g. „Skartierungsrichtlinien von Unterlagen“ der Abteilung Tourismus vom 30.08.2007.

Automatisierte Entscheidungsfindung: Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparenz-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Durch die Unterschrift wird bestätigt, dass alle diesem Antrag abgegebenen Daten der Wahrheit entsprechen und zur Kenntnis genommen, dass eventuelle falsche Erklärungen und Unterlagen sowie Urkundenfälschungen strafrechtlich verfolgbar sind. Durch die Unterschrift wird auch die Zustimmung für die Bearbeitung der sensiblen Daten gegeben.

Ort und Datum

Unterschrift

(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet

alternativ

unterschreiben und Kopie der Identitätskarte beilegen)

Anlagen:

- Kopie eines gültigen Ausweises des Unterzeichners falls Antrag und Ersatzerklärung unterschrieben und nicht digital unterzeichnet sind;

Hinweise:

- Der Antrag auf Förderung muss entweder digital unterzeichnet werden oder unterschrieben und eine Ablichtung eines gültigen Ausweises des Unterzeichners beinhalten.
- Es gilt nur das Datum der digitalen Übermittlung der Unterlagen per PEC.
- Anträge, die uns nach der Einreichfrist erreichen, werden von Amts wegen archiviert.

ERLÄUTERUNGEN

(1) Eröffnung des einzigen gastgewerblichen Nahversorgungsbetriebes:

Die Förderung für die Eröffnung kann auch beantragt werden, wenn ein vorher bestehender Nahversorgungsbetrieb seit mindestens einem Jahr geschlossen ist.

(2) Aufrechterhaltung eines gastgewerblichen Nahversorgungsbetriebes:

Die Förderung für die Aufrechterhaltung kann auch beantragt werden, wenn ein vorher bestehender Nahversorgungsbetrieb vor weniger als einem Jahr geschlossen wurde.

(3) Pflichten:

Die festgestellte Übertretung der Bestimmungen gemäß den geltenden Richtlinien bewirkt den Widerruf und die Rückerstattung der gewährten Förderung oder eines Teiles derselben zuzüglich der gesetzlichen Zinsen ab dem Zeitpunkt der Auszahlung.

(4) Definition Art der Betriebe laut Landesgesetz vom 14. Dezember 1988, Nr. 58:

Betrieb gemäß Artikel 2, Absatz 1: Schankbetrieb wie Bar, Café, Weinlokal, Pub oder ähnliche Betriebe.

Betrieb gemäß Artikel 3, Absatz 1: Speisebetrieb wie Jausenstation, Gasthaus, Restaurant, Pizzeria, Bistro oder ähnliche Betriebe.

Betrieb gemäß Artikel 5: Gasthof bzw. gasthofähnlicher Beherbergungsbetrieb.